

José Dávila **Demokratie  
und Korruption  
in Mittelamerika:  
Der Fall Jarquín  
in Nicaragua**

Mittelamerika, der Isthmus, der die beiden großen geographischen Blöcke Nordamerika und Südamerika eint und der aus fünf kleinen Ländern – Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica – besteht, trat im Jahre 1987 in eine Phase der Befriedung und der Demokratisierung ein, nachdem die Präsidenten der fünf Länder das Abkommen von Esquipulas unterzeichnet hatten, das der Ära der bewaffneten Konflikte ein Ende setzte, die im Verlaufe der zurückliegenden drei Jahrzehnte die Mehrheit dieser Länder geißelt hatten.

Konflikte in Guatemala, El Salvador und Nicaragua, in denen linksgerichtete Guerrillas in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren gegen die Streitkräfte unbeliebter Militärregierungen gekämpft hatten, sowie dann ein zweiter Konflikt in Nicaragua, in dem rechtsgerichtete Guerrillas dem (linksgerichteten) sandinistischen Regime gegen Ende der achtziger Jahre gegenüber standen, waren der mittelamerikanischen Ausdruck des sogenannten „Kalten Krieges“, der Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus bzw. zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. In Mittelamerika führten diese Auseinandersetzungen darüber hinaus zu einer Situation von Armut und Ungerechtigkeit, von Unterdrückung und schwacher sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung.

Auch Costa Rica, das Land mit der längsten demokratischen Tradition in dem Gebiet, sowie Honduras, in dem es keine Auseinandersetzungen wie in den drei genannten Ländern gab, sahen sich in

**Als Violeta Chamorro im Jahre 1990 Nicaragua auf den Weg der Demokratie führte, schaute das mittelamerikanische Land auf sechs Jahrzehnte Diktatur zurück, die es in einen Strudel von Hass, Korruption und politischer Polarisierung gerissen hatten. Mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Arnold Alemán 1996 schienen die Übel der Vergangenheit jedoch wieder aufzuleben, wie die Enthüllungen des Obersten Rechnungsprüfers des Landes, des überaus populären, da rechtschaffen und professionell arbeitenden Agustín Jarquín, beweisen. Illegale Reisimporte zu Gunsten regierungsnaher Unternehmen und dubiose Fincakäufe von Mitgliedern der Präsidentenfamilie machte die Contraloría, die Behörde Jarquíns, ebenso publik wie die kriminelle Vermehrung der Reichtümer des Präsidenten selbst – eine Aufklärungsarbeit, die den mutigen Contralor nach einer von Alemán forcierten Verleumdungskampagne schließlich ins Gefängnis brachte. Nur dem nationalen und internationalen Druck auf die Landesführung ist es zu danken, dass Jarquín wieder in Freiheit ist – ein Mann, der inzwischen zur Symbolfigur eines demokratischen Rechtsstaates Nicaragua geworden ist, dessen Führung viele diesem selbst gerne in die Hand legen würden.**

der ein oder anderen Form durch diese bewegte Phase des Geschehens in Mittelamerika betroffen.

Das im Jahre 1987 geschlossene Abkommen von Esquipulas, das durch den christdemokratischen Präsidenten Guatemalas, Vinicio Cerezo, initiiert und durch den sozialdemokratischen Präsidenten Costa Ricas, Oscar Arias, zum Abschluss gebracht worden war, beendete die Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen und leitete eine Zeit der Transition in Richtung Demokratie ein.

Tatsächlicher Schlusspunkt dieser bewaffneten Auseinandersetzungen waren die 1990 in Nicaragua, 1992 in El Salvador und 1996 in Guatemala unterzeichneten Friedensabkommen, die zwischen den jeweiligen Regierungen und den Bewegungen der Guerrilla-Kämpfer geschlossen wurden. Die in diesen Abkommen erzielten Kompromisse werden in den betroffenen Ländern als wesentlicher Teil der jeweiligen Demokratisierungsprozesse angesehen.

Es darf somit behauptet werden, dass die mittelamerikanische Region bereits in den neunziger Jahren keine von Konflikten heimgesuchte Zone mehr war, sondern sich in eine durch Demokratisierungsprozesse geprägte Zone zu wandeln begann, deren Ziel es war, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jeweiligen Bevölkerung voranzutreiben, die in der Zeit der Auseinandersetzungen so sehr gelitten hatte.

Hinzuzufügen ist, dass dieser Eintritt Mittelamerikas in eine Ära der Demokratisierung mit den bedeutenden weltweiten Veränderungen einherging, die sich bereits in den achtziger Jahren abzeichneten und ihren Höhepunkt im Untergang des sowjetischen und osteuropäischen Sozialismus, im Fall der Berliner Mauer sowie in einer Phase der Entspannung zwischen den Mächten fanden, deren Verhältnis durch einen scharfen ideologischen Konflikt bestimmt war. Der Kalte Krieg ging zu Ende und Mittelamerika trat mit dem Wohlwollen und der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft in eine Phase der Befriedung und der Demokratisierung ein.

### ■ Die Herausforderung der Stärkung der Demokratie

Wenn auch außer Zweifel steht, dass Mittelamerika mit Beginn der neunziger Jahre in eine erkennbare

■ Es darf behauptet werden, dass die mittelamerikanische Region bereits in den neunziger Jahren keine von Konflikten heimgesuchte Zone mehr war, sondern sich in eine durch Demokratisierungsprozesse geprägte Zone zu wandeln begann.

Demokratisierungsphase eintrat, so ist nicht minder gewiss, dass dies den Eintritt der Region in eine Zeit der Konsolidierung dieser noch in den Anfängen steckenden Demokratie bedeutete, d.h. in einen schwierigen und vielschichtigen Prozess, dessen konkrete Folgen für die Bevölkerung erst im Laufe der Zeit erkennbar werden konnten.

Die Festigung der Demokratie in dieser Region bedeutet nicht nur die Heilung der Wunden, die in drei der fünf Länder durch die Bürgerkriege geschlagen worden sind, die Integrierung der ehemaligen Guerrilla-Kämpfer in die den Aufbau tragenden Bereiche, die Reduzierung der Zahl der Soldaten in den Streitkräften oder die Definition neuer Funktionen für die Streitkräfte in der Zeit der Demokratie. Sie bedeutet vielmehr etwas tief Greifenderes, und dies ist die Überwindung der historischen Unterentwicklung dieser Region, die dazu geführt hat, dass 70 Prozent der 30 Millionen Mittelamerikaner in Armut leben, von denen wiederum 50 Prozent in absoluter Armut leben. Dies heißt soviel wie arbeitslos sein, über keine Einkünfte verfügen, auf staatliche Hilfe verzichten müssen sowie sich mit einem Überlebenskampf abfinden müssen, der in der Mehrheit der Fälle zwei oder drei Dollar pro Tag und Familie bedeutet, und dies bei einer durchschnittlichen mittelamerikanischen Familie mit fünf Mitgliedern.

Innerhalb dieser Konsolidierungsprozesse der Demokratie sind vier Faktoren zu erwähnen, die an Bedeutung gewonnen haben.

Den ersten Faktor stellen die Bemühungen dar, die derzeit unternommen werden, um die grundlegenden Einrichtungen einer Demokratie zu stärken bzw. zu entwickeln – die politischen Parteien, die Parlamente, einen Staat mit neuen Funktionen, die Freiheit der Meinungsäußerung, die für die Kommunikation verantwortlichen Medien sowie eine höhere Beteiligung der Bürgerschaft am politischen Geschehen.

Der zweite Faktor innerhalb der demokratischen Konsolidierung ist die Herausbildung bzw. Festigung von einer Reihe im Dienste der Vermittlung stehenden Einrichtungen der Zivilgesellschaft, die als Sprachrohr des Befindens der Nation fungieren und für sich in Anspruch nehmen, ihre Haltungen und bisweilen auch ihre Vorschläge betreffs des politi-

■ **Die Festigung der Demokratie in der Region bedeutet nicht nur die Heilung der Wunden, die in drei der fünf Länder durch die Bürgerkriege geschlagen worden sind.**

schen Prozesses des jeweiligen Landes zu Gehör bringen zu dürfen. Hierbei ist es im Verlaufe der letzten zehn Jahre bekanntermaßen zu einer Stärkung der mittelamerikanischen Zivilgesellschaft gekommen, die ihrerseits Anreize zu deren Teilhabe an der Diskussion über die Landesprobleme gegeben hat.

Einen dritten Faktor stellen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates dar, die angesichts der neuen Strategien in der wirtschaftlichen Globalisierung und der Wettbewerbsfähigkeit, bei den Privatisierungen und im Bereich anderer Anpassungsmaßnahmen die Tendenz hin zur Durchführung von Änderungen und Reformen der Wirtschaft erkennen lassen und deren Bestreben es ist, die jeweiligen Nationalökonomien in das neue internationale Wirtschaftsgefüge einzugliedern.

Im Rahmen dieses Punktes erhebt sich gegenüber dem Staat die Forderung, sich um die Investitionen und politischen Schritte im Sozialbereich mit dem Ziel zu kümmern, die Armut zu lindern und Anstrengungen zur Verbesserung der Lage und der Lebensqualität der Landesbevölkerung zu unternehmen.

Und ein vierter Faktor, der bei diesen politischen Übergangsprozessen in Betracht gezogen werden muss, ist die seitens der Gesellschaft erhobene Forderung, bei den politischen Beamten eine Kultur der Integrität sowie der Bereitschaft zum Dienst an der Bevölkerung zu fördern, den Kampf gegen die Korruption voranzutreiben, die Transparenz in der Verwendung öffentlicher Gelder zu erhöhen und schließlich die Arbeit eines Staates sicherzustellen, dessen Aufgabe die Verwaltung des Allgemeinwohls ist.

### ■ Die Korruption als Schwäche des Festigungsprozesses der Demokratie

■ Mit Beginn des Befriedungs- und Demokratisierungsprozesses in der mittelamerikanischen Region ist auch ein Rückgang der Guerrillas, des bewaffneten Konflikts, der Diktaturen, der Militärregime, der institutionalisierten Repression, der politischen Gewalt und anderer Übel der Politik zu verzeichnen.

Mit Beginn des Befriedungs- und Demokratisierungsprozesses in der mittelamerikanischen Region ist auch ein Rückgang der Guerrillas, des bewaffneten Konflikts, der Diktaturen, der Militärregime, der institutionalisierten Repression, der politischen Gewalt und anderer Übel der Politik zu verzeichnen, die die Zeit der Auseinandersetzungen gekennzeichnet haben.

Jedoch tauchte im Verlaufe der Transitionsprozesses zur Demokratie ein neuer Gegner eben dieser

Demokratie auf, ein neues Hindernis auf dem Wege der Konsolidierung von Demokratie. Es ist dies das Übel der Korruption, das Übel des Missbrauchs öffentlicher Gelder zum Zwecke der persönlichen Bereicherung der Regierungsbeamten und zu anderen Zwecken, die nicht mit dem Aufbau der neuen Gesellschaftsform, die die Bevölkerung der jeweiligen Länder fordert, im Einklang stehen.

Das Übel der Korruption in Regierungskreisen entpuppt sich als eine Bedrohung der aufkeimenden Demokratie, da es an den Fundamenten des neuen Systems selbst nagt, das es zu errichten gilt. Das Ausmaß der Korruption sowie der Missbrauch öffentlicher Gelder in der mittelamerikanischen Region zeigen sich, zumal ihr Aktionsfeld solch arme Länder sind, als ein doppeltes Vergehen – sie stellen nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches und ein soziales Übel dar.

Zur Zeit der Militärdiktaturen und der bewaffneten Auseinandersetzungen sprach niemand über das Thema der Korruption, weil andere Themen anstanden. Niemand wagte es, dieses Thema anzusprechen, und auch die Kommunikationsmedien informierten keineswegs frei über die Korruption und den Missbrauch der Gelder der Steuerzahler sowie der von der internationalen Gemeinschaft gewährten Mittel. Dies anzuzeigen bedeutete Repression seitens der Regierung. Außerdem wurde das System durch die Auseinandersetzungen selbst in Atem gehalten und es gab weder die Informationen noch die nötige Transparenz, um Fälle von Korruption auf Seiten der Regierungen aufzuzeigen oder zu untersuchen.

### ■ Die Korruption in Nicaragua – ein Sonderfall

Wiewohl das Phänomen der Korruption in den Ländern, die von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen waren und nun nach Demokratie streben, in sehr allgemeiner Form vorkam, zeigt sich die Situation in Nicaragua komplizierter. Hier war man darum bemüht, einen Demokratisierungsprozess zu konsolidieren, dessen Anfänge im Jahre 1990 liegen, als Violeta Chamorro den Sandinistenführer Daniel Ortega in einem freien Wahlgang auf breiter Front besiegte.

■ **Das Übel der Korruption in Regierungskreisen entpuppt sich als eine Bedrohung der aufkeimenden Demokratie, da es an den Fundamenten des neuen Systems selbst nagt, das es zu errichten gilt.**

■ **65 Jahre diktatorischer Regierungen haben Nicaragua zu einem rückständigen Land gemacht – geprägt von Hass, Korruption und Unterdrückung.**

Vor der Regierung Chamorro hatte Nicaragua zwei Diktaturen erlebt – diejenige der Familie Somoza in der Zeit von 1934 bis 1979 sowie die von Ortega angeführte sandinistische Diktatur in der Zeit von 1979 bis 1990. In beiden Diktaturen hatte das nicaraguanische Volk Repression und eine Politik der harten Bestimmungen von oben erlitten, den wirtschaftlichen Rückgang sowie die finanzielle Bereicherung jener Cliquen, die sich um die Person des Diktators geschart hatten.

Im Schatten der Macht hatte Somoza ein Vermögen im Werte von Dutzenden von Millionen Dollar angehäuft und auch Ortega und seine sandinistische Partei hatten sich Dutzende von Millionen Dollar angeeignet sowie in dem Moment, in dem sie die Wahlen an Chamorro verloren hatten, Firmen und staatseigene Immobilien an sich gerissen.

65 Jahre diktatorischer Regierungen haben Nicaragua zu einem rückständigen Land gemacht – geprägt von Hass, Korruption und Unterdrückung. Im Verlaufe weniger Jahrzehnte ist aus Nicaragua, einem einstmals blühenden Land, heute das ärmste Land Zentralamerikas geworden.

Die Regierung Chamorro war es, die in der Zeit von 1990 bis 1996 mit dieser Vergangenheit brach, einen Prozess der Befriedung und der Versöhnung in die Wege leitete und somit die Grundlagen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes legte. Sie stand für eine Regierung, die sich allen Nicaraguanern, ohne Ansehen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, verpflichtet wusste.

Wiewohl die Regierung auch auf Elemente vergangener Systeme zurückgreifen musste, erwarb die von Frau Chamorro geleistete Arbeit – die nationale Versöhnung, d.h. die Überwindung von Hass und extremer politischer Polarisierung, sowie die vereinbarten Wirtschaftsreformen zur Landesentwicklung – nationale und internationale Anerkennung.

Im Jahre 1996 stand ein neuer Wahlgang an und bedauerlicherweise lebte die politische Polarisierung zwischen dem *sandinismo* und dem *antisandinismo* wieder auf. Sieger der Wahlen war Arnoldo Alemán – als Anführer einer rechts-liberalen Koalition bereitete er dem Sandinistenführer Daniel Ortega eine

Niederlage, der somit zum zweiten Mal die Wahlen verloren hatte.

Indes erfüllten sich die Erwartungen, dass die neue Führung die von der Regierung Chamorro grundlegende Demokratie festigen und vervollkommen würde, nicht. Vielmehr griff Präsident Alemán, dessen eigene politische Ursprünge und die seiner Beamten in den Reihen der Liberalen Partei zu sehen sind, die der Somoza-Diktatur als Fassade gedient hatte, charakteristische Elemente der Vergangenheit wieder auf und errichtete eine einseitig auf die eigene Partei gestützte autoritäre Herrschaft, die deutliche Anzeichen von Korruption aufwies.

Alemán, der Bürgermeister der Stadt Managua gewesen war, hatte sich nämlich geweigert, die Gründe für das Anwachsen seines persönlichen Vermögens offenzulegen, das zu Beginn seiner Amtszeit im Jahre 1990 80 000 US-Dollar betragen hatte, gegen deren Ende im Jahre 1996 jedoch auf eine Million Dollar angewachsen war.

#### ■ **Der Fall des Contralors Agustín Jarquín**

Einige Monate vor der Übernahme des Präsidentenamtes durch Arnoldo Alemán hatte das nicaraguanische Parlament Agustín Jarquín zum Contralor General de la República (Oberster Rechnungsprüfer der Republik) bzw. zum Fiscal Nacional de Cuentas (Nationalrechnungsprüfer) gewählt. Der Zivilingenieur Jarquín schaute auf eine mehr als zwanzigjährige Erfahrung als Parteiführer im Lager der Christdemokraten zurück und konnte einen einwandfreien Lebenslauf vorweisen, der durch den Kampf für die Demokratie und gegen die Diktaturen bestimmt war, die in Nicaragua geherrscht hatten.

Als Studentenführer und später, in den siebziger Jahren, als Gründer der Union der Öffentlichen Angestellten absolvierte Jarquín in verschiedenen Bauunternehmen eine erfolgreiche Berufskarriere. Später wechselte er ins Ministerium für Bauwesen über, das er allerdings wieder verließ, um sich vollends dem Widerstand gegen die Somoza-Diktatur anzuschließen. Diese Aktivitäten schließlich brachten ihn im Verlaufe der Diktatur der Familie Somoza ins Gefängnis.

■ **Die Erwartungen, dass die neue Führung die von der Regierung Chamorro grundlegende Demokratie festigen und vervollkommen würde, erfüllten sich nicht.**

■ **Einige Monate vor der Übernahme des Präsidentenamtes durch Arnoldo Alemán hatte das nicaraguanische Parlament Agustín Jarquín zum Contralor General de la República (Oberster Rechnungsprüfer der Republik) bzw. zum Fiscal Nacional de Cuentas (Nationalrechnungsprüfer) gewählt.**

■ **Nach dem durch eine bewaffnete Volksbewegung herbeigeführten Sturz der Somoza-Diktatur im Jahre 1979 war Jarquín bemüht, zum Aufbau der Demokratie beizutragen, die die Bevölkerung hoffnungsvoll erwartete.**

Nach dem durch eine bewaffnete Volksbewegung herbeigeführten Sturz der Somoza-Diktatur im Jahre 1979 war Jarquín bemüht, zum Aufbau der Demokratie beizutragen, die die Bevölkerung hoffnungsvoll erwartete. Der Frente Sandinista verriet jedoch die ursprünglichen Grundsätze der nicaraguanischen Revolution und errichtete ein totalitäres System nach kubanischem und sowjetischem Muster, wobei er Nicaragua somit (nach Kuba) zum zweiten lateinamerikanischen Satellitenstaat der seinerzeitigen Sowjetunion machte.

Diese Entscheidung der Sandinisten hatte zur Folge, dass Jarquín als Christdemokrat seinen Kampf zur Errichtung einer echten Demokratie in Nicaragua in den achtziger Jahren intensivierte. Diese Intensivierung hatte einen neuen bewaffneten Konflikt zwischen den sandinistischen Streitkräften und der sogenannten *Contra* zur Folge, d.h. rechtsgerichteten und von den Vereinigten Staaten unterstützten Guerrilleros, die von Honduras und Costa Rica, den Nachbarländern Nicaraguas, aus operierten.

Jarquín wurde zu einem prominenten Mitglied des friedlichen Widerstandes gegen die sandinistische Diktatur. In den Jahren 1983 bis 1989 wurde er wegen der Vorbereitung demokratiefreundlicher Erhebungen in Nicaragua bei sechs verschiedenen Anlässen inhaftiert.

In einem Fall dauerte die Inhaftierung sieben Monate, wobei Jarquín von Amnesty International als „Angeklagter des Gewissens“ und von der nicaraguanischen Gesellschaft aufgrund seines aktiven, aber friedlichen Widerstandes gegen die sandinistische Herrschaft als „Bürgerheld“ (*héroe cívico*) bezeichnet wurde.

Während dieser Epoche hatte Jarquín zudem verschiedene Ämter innerhalb der sozial-christlichen Bewegung Nicaraguas inne, wobei er zu deren Generalsekretär aufstieg und ein prominentes Mitglied der Coordinadora Democrática wurde, der bedeutendsten Allianz politischer demokratischer Kräfte im Lande. Jarquín verband diese Funktionen mit seiner beruflichen Arbeit als Ingenieur in verschiedenen Unternehmen, in denen er zum Supervisor, zum Projektleiter und sogar zum Präsidenten eines dieser Unternehmen aufstieg.

Darüber hinaus entwickelte sich Jarquín zum Fachmann für kommunalpolitische und die staatliche Dezentralisierung betreffende Themen, die für die Schaffung demokratischer Grundlagen von wesentlicher Bedeutung sind.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Esquipulas akzeptierten der Frente Sandinista und Daniel Ortega die Rückkehr Nicaraguas auf einen demokratischen Weg und vereinbarten ein vorgezogenes Datum für die Abhaltung von Wahlen, die nun im Februar 1990 stattfinden sollten.

Agustín Jarquín übernahm eine führende Rolle bei der Integration der Allianz UNO, die für die anstehenden Wahlen Frau Violeta Chamorro zur Kandidatin erhob. Jarquín selbst führte damals die Liste der Kandidaten für den Stadtrat der Hauptstadt Managua an, was bedeutete, dass er auf Seiten der UNO der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters war.

Die UNO und Violeta Chamorro waren die eindeutigen Wahlsieger und im Jahre 1990 wurde – nach zwei Diktaturen – der Demokratisierungsprozess in Nicaragua eingeleitet.

Indes gelang es Jarquín nicht, das Bürgermeisteramt von Managua zu übernehmen, da Arnaldo Alemán, der an sechster Stelle auf der Liste der Kandidaten für den Stadtrat stand, zuvor getroffene Vereinbarungen übergang und sich mit Hilfe von Täuschungsmanövern zum Bürgermeister Managuas wählen ließ.

Als Mitglied des Stadtrats von Managua war Jarquín bemüht, seinen Teil zu einem reibungslosen Funktionieren der Hauptstadtleitung beizutragen. Seine Bemühungen richtete er auf die Effizienz der Verwaltung und die Transparenz im Umgang mit den Geldern der Steuerzahler. Er brachte alle von Alemán als Bürgermeister zu verantwortenden Regelwidrigkeiten zur Anzeige, was zu Zusammenstößen mit diesem führte, aber auch dazu, dass seine eigene – Jarquíns – Person als Kämpfer für Demokratie und gegen Korruption an Stärke gewann.

Des Weiteren wurde Jarquín unter der Regierung Chamorro zum Präsidenten des Instituto Nacional de Municipios (INIFOM, Nationalinstitut der Kommunen) berufen, wo er von allen Bürgermeistern Nicaraguas einstimmig und ohne Ansehen der politi-

■ **Agustín Jarquín übernahm eine führende Rolle bei der Integration der Allianz UNO, die für die anstehenden Wahlen Frau Violeta Chamorro zur Kandidatin erhob.**

schen Haltung in dieses Amt gewählt wurde. Da Jarquín sich Verdienste um die Stärkung der Kommunalverwaltungen erwarb und auch die Effizienz und Transparenz in der Verwendung von kommunalen Mitteln förderte, wurde er von den Bürgermeistern für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt.

### ■ Die Arbeit der Contraloría

Im Jahre 1996 wählte das nicaraguanische Parlament Agustín Jarquín bis zum Jahre 2002 zum Contralor General de la República.

Unmittelbar nach der Wahl leitete der Gewählte einen Prozess der institutionellen Stärkung der Contraloría ein, indem er eine Reihe von Maßnahmen ergriff, deren Ziel es war, die besondere Rolle von Transparenz und Integrität in der Verwendung öffentlicher Gelder, aber auch deren Bedeutung beim Stärkungsprozess der Demokratie zu betonen.

Jarquín verlieh der Aufgabe der Contraloría neue Bedeutung und stellte die Funktionen dieser Einrichtung klar heraus, die da waren:

- Überwachung einer korrekten Steuereintreibung und der Handhabung der öffentlichen Gelder;
- Überwachung der Maßnahmen und Aktivitäten der staatlichen Finanzeinrichtungen;
- Überwachung jedweden Vertragsabschlusses, der die Ausgabe staatlicher Gelder bedeutet;
- Überwachung von Registrierung, Verwaltung und angemessener Verwendung der Staatsaktiva wie die Bestandsaufnahme von beweglichen Gütern, Vermögen, Liegenschaften, Gebäuden und anderem;
- Kontrolle der Führung von Staatsunternehmen und Gemeindeverwaltungen;
- Kontrolle der öffentlichen Schulden sowie Übernahme anderer Funktionen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, verstärkte Jarquín den Mitarbeiterstab der Contraloría und förderte ein besonderes Verantwortungsbewußtsein, wobei er auch den Ausbau der Büroräume veranlasste, ein Programm zur Qualifizierung der Mitarbeiter im Bereich der Buchprüfung auf die Beine stellte und noch vieles mehr unternahm.

Den Erfordernissen der Bevölkerung entsprechend hielt es Jarquín aus grundsätzlichen ethischen

■ Jarquín verlieh der Aufgabe der Contraloría neue Bedeutung und stellte die Funktionen dieser Einrichtung klar heraus.

und rechtlichen Überlegungen heraus für unumgänglich, die Verwendung der Gelder der Steuerzahler durchschaubar und korrekt zu gestalten. Außerdem erachtete er es für nötig, dass das Land internationale Glaubwürdigkeit gewinnen müsse, um Zuwendungen und internationale Hilfe erhalten zu können, die ihrerseits die Entwicklung Nicaraguas fördern würden.

Von Anfang an trennte Jarquín seine eigene politische Laufbahn von seinen neuen Verantwortlichkeiten gegenüber dem Land. Zu diesem Zweck verzichtete er auf seine Ämter innerhalb der Partei und widmete sich vollends seiner Arbeit als Contralor, die er auf professionelle und objektive Weise sowie unter Beachtung der entsprechenden Gesetze und Bestimmungen versah.

#### ■ **Die feindliche Haltung der Regierung**

Die gesamte Arbeit Jarquíns nährte von Anfang an eine feindliche Haltung auf Seiten der Regierung Arnaldo Alemán, die ihren Ausdruck zunächst in finanziellen Druckmitteln fand – der Contraloría wurde die Bewilligung eines größeren Budgets verweigert –, dann aber auch in politischen Angriffen, deren Inhalt der Vorwurf war, Jarquín strebe aufgrund politischer Ambitionen nach einer Art Status als kriegführende Partei gegenüber der Regierung.

Die professionelle Arbeitsweise des Contralors sowie seine Laufbahn als keineswegs ehrgeiziger Mensch nahmen den Anschuldigungen der Regierung indes den Wind aus den Segeln. Was die fehlende Unterstützung für eine verbesserte Funktionsweise der Contraloría anging, so spielte die internationale Zusammenarbeit eine große Rolle, da Jarquín die Unterstützung vieler Länder gewann, die davon überzeugt waren, dass der Überwachungsarbeit dieser Einrichtung eine Schlüsselrolle beim Wiederaufbau des Landes sowie bei der Wiedererlangung seiner Glaubwürdigkeit auf internationaler Bühne zukäme.

Die feindliche Haltung, der ausgeübte Druck sowie die politischen Angriffe der Regierung prägten die Jahre 1997 und auch 1998 – das Jahr, in dem die Konfrontation an Schärfe zunahm, da die Contra-

■ **Die gesamte Arbeit Jarquíns nährte von Anfang an eine feindliche Haltung auf Seiten der Regierung Arnaldo Alemán, die ihren Ausdruck zunächst in finanziellen Druckmitteln fand, dann aber auch in politischen Angriffen.**

loría begann, Korruptionsskandale größeren Ausmaßes aufzudecken.

Eine der ersten Anschuldigungen, die die Regierung gegen Jarquín erhob, war, dass die Contraloría Überweisungen aus „illegalen Fonds“ an Staatsunternehmen getätigt haben sollte, die dann dazu dienten, eine Überwachung eben dieser Firmen zu veranlassen.

Dieser Fall wurde an die Antikorruptionskommission der Nationalversammlung weitergeleitet – eine von einem Mitglied der Partei Alemáns angeführte Kommission – und erregte großes Aufsehen.

Jarquín erklärte, dass er die genannten Gelder von internationalen Organisationen erhalten habe, die an der Überwachungsarbeit der Contraloría interessiert seien, und dass diese Organisationen die genannten Zuwendungen an die Contraloría in der Absicht getätigt hätten, sie an die jeweiligen Buchführungsabteilungen der erwähnten staatlichen Unternehmen weiterleiten zu lassen. Die internationalen Organisationen bestätigten dies und es stellte sich zudem heraus, dass das Präsidentialamt der Republik selbst einen Teil dieser Gelder erhalten hatte, die von ihm als „illegal“ bezeichnet worden waren. Somit war die Ordnung wieder hergestellt, der Fall wurde abgeschlossen und die Regierung hatte eine Schlacht gegen die Contraloría verloren.

■ Im November des Jahres 1998 brachte Jarquín die illegale Einfuhr von 6000 Tonnen Reis aus Vietnam zur Anzeige, die nicht nur gegen die entsprechenden Einfuhrbestimmungen verstieß, sondern auch Unternehmen begünstigte, die sich in der Hand von Freunden des Präsidenten befanden.

Im November des Jahres 1998 brachte Jarquín die illegale Einfuhr von 6000 Tonnen Reis aus Vietnam zur Anzeige, die nicht nur gegen die entsprechenden Einfuhrbestimmungen verstieß, sondern auch Unternehmen begünstigte, die sich in der Hand von Freunden des Präsidenten befanden. Der Leiter des für den Reisimport verantwortlichen staatlichen Unternehmens, der gleichzeitig ein Neffe von Präsident Alemán war, beschuldigte Jarquín der Verleumdung und der üblen Nachrede und beantragte den Entzug seiner Amtsbefugnisse vor der Nationalversammlung.

Der Fall konnte aufgeklärt werden und Jarquín verhinderte, dass durch diese Art von Einfuhrmethoden gegen das Gesetz verstoßen wurde.

Ein weiterer Vorfall, bei dem die Contraloría dem Gesetz zur Geltung verhelfen konnte, wurde bekannt, als die staatliche Telefongesellschaft einer in Miami ansässigen kubanischen Firma für die Installa-

tion von 100 000 Telefonleitungen ihr eigenes Gebäude als Garantie überließ. Die kubanische Gesellschaft ist Eigentum von Freunden des Präsidenten und der Contralor verhinderte, dass die staatliche Firma Vermögen des Staates (das genannte Gebäude) zu Gunsten eines ausländischen Unternehmens durch eine Hypothek belastete.

Dieser ganze Kampf, in dem die Contraloría Staats-eigentum zu schützen suchte und der Präsident eine auf Willkürhandlungen beruhende Linie vertrat, nahm in den ersten Monaten des Jahres 1999 an Schärfe zu, als der Contralor darauf bestand, dass der Präsident dem Gesetz entsprechend erklärende Angaben zum außerordentlichen und raschen Anwachsen seines Privatvermögens abgeben solle.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war der Kauf von mindestens drei großen Haciendas durch ein Unternehmen publik geworden, das sich in der Hand des Präsidenten und seiner Familie befand. Eine der Fincas war in der Nähe der Grenze zu Costa Rica (im Süden) gelegen, wo die Regierung selbst die Realisierung eines gigantischen Tourismusprojekts geplant hatte.

Der Präsident wies immer wieder darauf hin, dass er als Privatperson das Recht habe, sein Vermögen zu vermehren, solange er hierbei nicht gegen Moral und Gesetz verstoße. Jedoch schreibt das Gesetz vor, dass stets dann, wenn ein öffentlicher Beamter sein Vermögen um 100 000 Dollar vermehrt, er dies der Contraloría mitzuteilen habe. Außerdem erzeugte es ein hohes Maß an Unmut in der Gesellschaft, als bekannt wurde, dass der Käufer der Fincas des Präsidenten bzw. seiner Familie gleichzeitig der Leiter des Instituts für Agrarreformen war, dessen Aufgabe es ist, die Zuteilung von Land an Kooperativen in geregelter Form durchzuführen, Besitzverhältnisse von mit Bankschulden belastetem Land zu revidieren, und ähnliches mehr.

In der Zwischenzeit sind zahlreiche versteckte Untersuchungen bekannt geworden, die in der Umgebung Agustín Jarquíns durchgeführt wurden: Sein Privatleben, seine Vermögenslage und seine Steuererklärungen wurden durchforscht, nie jedoch wurden Ungereimtheiten entdeckt.

In den ersten Monaten des Jahres 1999 wurde Jarquín für einen Zeitraum von zwei Jahren zum Präsi-

■ **Der Contralor bestand darauf, dass der Präsident dem Gesetz entsprechend erklärende Angaben zum außerordentlichen und raschen Anwachsen seines Privatvermögens abgeben solle.**

■ In den ersten Monaten des Jahres 1999 wurde Jarquín für einen Zeitraum von zwei Jahren zum Präsidenten der Cotralores Mittelamerikas gewählt.

denen der Cotralores Mittelamerikas gewählt: Angesichts der von Jarquín in Nicaragua geleisteten Arbeit und der Notwendigkeit, eine derartige Überwachungsarbeit auch verstärkt auf mittelamerikanischer Ebene durchzuführen, wählten diesen seine Amtskollegen zum Präsidenten der OCCEFS, der entsprechenden Regionalorganisation der Contralores. Hauptgrund für die Wahl war jedoch die Kontrolle, denen die Wiederaufbaugelder unterworfen werden mussten, die die internationale Gemeinschaft im Mai 1999 in Stockholm für Mittelamerika bewilligen sollte und die zur Linderung der Katastrophe gedacht waren, die gegen Ende des Jahres 1998 durch den Hurrikan Mitch ausgelöst worden war.

#### ■ Der Grund für die Inhaftierung

Im März 1999 wurde ein Kapitel der oben genannten Konfrontation aufgeschlagen, das Jarquín später ins Gefängnis bringen sollte. Dieser hatte eine Begegnung mit dem Präsidenten beantragt, um das Thema der Stockholmer Zusammenkunft zu behandeln und die Notwendigkeit von Gesetzen zu besprechen, deren Ziel eine bessere Kontrolle der staatlichen Gelder in Nicaragua sein sollte.

Das Datum des Treffens nahte und der Präsident ordnete an, dass an der Zusammenkunft lediglich der Contralor selbst, nicht jedoch die ihn begleitende Delegation – bestehend aus der Subcontralora und Fachvertretern der Behörde – teilhaben könne. Jarquín weigerte sich, alleine beim Präsidenten zu erscheinen, und führte an, dass es sich schließlich um ein Arbeitstreffen handele, an dem er mit seinem Team teilnehmen wolle.

Daraufhin sagte Präsident Alemán das Treffen ab und die Begegnung kam nicht zu Stande. Minuten später jedoch gaben Alemán und seine Mitarbeiter eine Pressekonferenz, auf der sie Jarquín des Betrugs am Staate beschuldigten, da dieser einen Publizisten unter Vertrag genommen habe, der für die von ihm geleisteten Dienste Schecks auf einen anderen als den eigenen Namen entgegengenommen habe.

Dieser Vorfall stellte den Beginn einer Polarisierung der Beziehungen zwischen dem Präsidialamt und der Contraloría dar, wobei ersteres Jarquín als korrupt bezeichnete und mit Hilfe der Regierungs-

partei eine massive, durch Radio und Fernsehen verbreitete Verleumdungskampagne startete, während die Contraloría den Fall zu erklären suchte, die Bedeutung der eigenen Arbeit herausstellte und ihre Entscheidung bekanntgab, auch weiterhin die übernommenen Aufgaben ausführen zu wollen. Die nicaraguanische Gesellschaft drückte ihre Unterstützung der von der Contraloría geleisteten Arbeit aus, was auch massive öffentliche Demonstrationen – wie diejenige vom 25. März 1999 – beinhaltete. In dem Bestreben, die Regierungskampagne zu konterkarieren, verzichtete Jarquín, der die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen der Regierung für ungerechtfertigt hielt, im Juli 1999 auf seine Immunität als hoher Beamter und beschloss, sich der Justiz zu unterwerfen, von der er sicher glaubte, nichts Übles erwarten zu müssen.

Im gleichen Zuge stellte er seine persönlichen Einkommenserklärungen der öffentlichen Meinung zwecks Beurteilung zur Verfügung und beantragte bei verschiedenen Einrichtungen die Bestätigung seines persönlichen Besitzes.

Es kam zu einer Verhandlung, in deren Verlauf Jarquín nachzuweisen vermochte, dass die Beschuldigungen eine politische Intrige darstellten, in die der Präsident selbst verwickelt war: Es stellte sich nämlich heraus, dass es ein ehemaliger, der Partei des Präsidenten nahestehender Assistent Jarquíns gewesen war, der mit Hilfe von Manipulationen innerhalb des Verwaltungsapparats den Vertrag mit der Unterschrift des erwähnten Publizisten eingefädelt hatte.

Ebenfalls wurde öffentlich bekannt, dass das im März erfolgte Beharren des Präsidenten auf einem alleinigen Treffen mit Jarquín zum Ziel hatte, diesem darzulegen, dass es da „dieses Problem der Korruption innerhalb der Contraloría“ selbst gäbe und dass es das Beste sei, die Arbeitsbeziehungen zu verbessern, anstatt weiterhin einen Weg zu verfolgen, den das Präsidialamt als Weg der Konfrontation zwischen der Contraloría und der Zentralregierung bezeichnete.

Im April kam es zu einem neuen Skandal, als Jarquín daran gehindert wurde, Nicaragua zu verlassen, um an einer ganz Zentralamerika betreffenden Veranstaltung teilzunehmen, bei der im Rahmen eines Seminars zentralamerikanischer Führungspersönlich-

■ **Die nicaraguanische Gesellschaft drückte ihre Unterstützung der von der Contraloría geleisteten Arbeit aus, was auch massive öffentliche Demonstrationen – wie diejenige vom 25. März 1999 – beinhaltete.**

keiten über Vorschläge zum Wiederaufbau der Region nach dem Hurrikan Mitch gesprochen werden sollte.

Später gab ein für Ein- und Ausreiseangelegenheiten zuständiger Flughafenangestellter zu, dass er den Contralor nicht habe ausreisen lassen, weil er vermutete, dieser „habe Probleme mit der Justiz“.

Ein weiterer Skandal erwuchs aus der Privatisierung des Unternehmens BANIC, der bedeutendsten Bank für Entwicklungsförderung in Nicaragua. Zwar wurde die Bank an Privatpersonen verkauft, jedoch wurden zwei Ungereimtheiten aufgedeckt: Erstens war die Bank in den der Privatisierung vorhergehenden Monaten in weiten Teilen entkapitalisiert worden, wobei es zu einer enormen Verschwendung von Geldern gekommen war, die die der Regierung nahestehenden Mitglieder der Geschäftsleitung unter sich aufgeteilt hatten. Zweitens wurde enthüllt, dass die den Kauf tätige Gesellschaft nicht den gesetzten Anforderungen entsprach, um als für den Kauf qualifiziert zu gelten, und dass es vielmehr eine der Regierung nahestehende Gruppe war, die im Laufe weniger Tage die erworbenen Aktien an eine ausländische Investitionsgesellschaft verkauft und mit dieser Transaktion ein gutes Geschäft gemacht hatte.

Bis zum heutigen Zeitpunkt weigert sich die Regierung, den Rechnungsprüfern der Contraloría Zugang zu den Archiven der Bank zu gestatten.

Die hier erwähnten Korruptionsskandale stellen nur eine Auswahl einer noch einmal so hohen Zahl von Fällen dar, die sich unter der derzeitigen Regierung ereignet haben.

### ■ Die Haft Jarquíns und die Sicht der Bevölkerung

Der politische Charakter der seitens der Regierung gegen Jarquín erhobenen Anschuldigung des Betrugs am Staate, deren Absicht es war, die Arbeit der Contraloría zu disqualifizieren, sowie der von der Zentralregierung auf die Justiz ausgeübte Druck führten schließlich dazu, dass eine Richterin Jarquín am 10. November 1999 zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt und diesen des Betrugs am Staate bezichtigte.

Im Verlaufe der Inhaftierung des Contralors, die vom 10. November bis zum 24. Dezember dauerte,

gewannen zwei grundlegende Faktoren an Bedeutung:

- die nationale und internationale Unterstützung für den Contralor;
- der durch das nicaraguanische Volk sowie die internationale Gemeinschaft ausgeübte Druck auf den Präsidenten, den Fall zu lösen.

Sowohl in Nicaragua als auch im befreundeten Ausland gelangte man zu der Überzeugung, dass die Inhaftierung eine politische Rache an dem Contralor darstellte, nachdem dieser die Frage nach der Korruption in Regierungskreisen aufgeworfen hatte und, dies vor allem, nachdem er den Präsidenten gedrängt hatte, die Gründe für das außergewöhnliche und rasche Anwachsen seines Reichtums im Verlaufe der beiden letzten Jahre offenzulegen.

Zwei Vorkommnisse galt es nun gegeneinander abzuwägen: Auf der einen Seite stand die Arbeit der Contraloría, die den Staat u.a. dazu gebracht hatte, Verluste in Höhe von ca. 100 Millionen Dollar zu vermeiden. Auf der anderen Seite war da der Verwaltungsfehler, der darin bestand, einen Vertrag mit einer Person abzuschließen, deren Bezahlung auf den Namen einer anderen Person erfolgte, obwohl die Gelder selbst stets an den Unterzeichner gingen.

Obgleich der Fehler oder Irrtum auf Seiten des Contralors lag und keine Intrige der Zentralregierung einschließlich des Präsidenten selbst war, wie in dem Verfahren ans Licht kam, vertrat die Allgemeinheit die Auffassung, dass die Inhaftierung Jarquíns eine übertriebene, in ihrem Ausmaß unangemessene und eindeutig politisch motivierte Strafmaßnahme war.

Während der 44 Tage währenden Haft kam es zu täglichen Volksprotesten und in nicaraguanischen und mittelamerikanischen Zeitungen erschienen zahlreiche Artikel – auch Leitartikel – zu dem Fall. Alle diese Beiträge und Leitartikel hatten die gemeinsame Tendenz, den Präsidenten zu kritisieren, die Arbeit der Contraloría zu verteidigen und die Notwendigkeit aufzuzeigen, Einrichtungen wie eben diese Contraloría vielmehr zu stärken, um so die Demokratie zu konsolidieren und die Glaubwürdigkeit vor der internationalen Gemeinschaft sicherzustellen.

Außer dem im Land selbst erzeugten Druck sah sich die Regierung auch einem starken internationalen Druck gegenüber. Eine überaus bedeutende Rolle

■ Sowohl in Nicaragua als auch im befreundeten Ausland gelangte man zu der Überzeugung, dass die Inhaftierung eine politische Rache an dem Contralor darstellte, nachdem dieser die Frage nach der Korruption in Regierungskreisen aufgeworfen hatte.

■ **Einige Länder wie Deutschland und Schweden froren die zur Auszahlung anstehenden Gelder aus ihren Kooperationsprogrammen ein. Auch die Vereinigten Staaten und internationalen Organisationen, die Nicaragua wirtschaftlich unterstützen, verliehen ihrer Sorge über den Fall Ausdruck.**

spielte hierbei die gemeinsame Haltung der Länder der Europäischen Union, die von der Regierung den Respekt vor der von der Contraloría geleisteten Arbeit einforderten, ihrer Sorge wegen der Inhaftierung Jarquíns Ausdruck verliehen und auf eine baldige Lösung des Problems drängten.

Einige Länder wie Deutschland und Schweden froren sogar die zur Auszahlung anstehenden Gelder aus ihren Kooperationsprogrammen ein.

Aber auch die Vereinigten Staaten und internationalen Organisationen, die Nicaragua wirtschaftlich unterstützen, verliehen ihrer Sorge über den Fall Ausdruck.

Besorgt über die Inhaftierung des Präsidenten der regionalen Contraloría zeigten sich darüber hinaus auch dessen Kollegen in Mittelamerika.

Schließlich erhoben noch führende Politiker und internationale bekannte Persönlichkeiten, vor allem aus dem Lager der internationalen Christdemokratie, ihre Stimme zum Protest. Das Europäische Parlament gab eine Erklärung zu dem Thema ab, in der es seine Sorge zum Ausdruck brachte – wenige Tage, bevor Jarquín aus der Haft entlassen wurde.

Anzumerken bleibt, dass das Berufungsgericht (der zweiten Instanz), das am Nachmittag des 24. Dezember die bedingungslose Freilassung Jarquíns anordnete, damit ein Urteil fällte, das die Regierung durchaus nicht zufrieden stellte. Diese legte am 6. Januar 2000 vor dem Obersten Gerichtshof (der höchsten Justizinstanz des Landes) Einspruch mit dem Ziel ein, die Obersten Richter zu einer Annullierung des Urteils des Berufungsgerichts zu bewegen, das Jarquín von jeglicher Schuld freigesprochen hatte. Das Bemühen der Regierung war es hierbei, den Contralor trotz des erfolgten Freispruchs erneut ins Gefängnis zu bringen.

#### ■ **Jarquín, der Pakt Alemán – Ortega und eine neue Alternative für Nicaragua**

Es besteht kein Zweifel daran, dass die feindliche Haltung der Regierung gegenüber der Arbeit der Contraloría sowie die Inhaftierung Jarquíns ein zweifaches Ziel hatten. Beabsichtigt war zum einen, der Arbeit der Überwachungsbehörde Steine in den Weg zu legen, und zum anderen, die Person Jarquín

selbst zu treffen – und dies vor allem angesichts einer möglichen Kandidatur Jarquíns für den Posten des Präsidenten, auf dem Teile des Landes diesen gerne sehen würden.

Während der Zeit der Inhaftierung Jarquíns ereigneten sich in Nicaragua zwei Dinge:

Zum einen kam es zu einem Abkommen zwischen Präsident Alemán und dem Sandinistenführer Ortega, das diesen ermöglichte, die Verfassung zu reformieren und eine Reihe von Maßnahmen zur Verteilung von Regierungsämtern – vor allem im Umfeld des Obersten Gerichtshofs und des Wahlgerichts – zu treffen. Außerdem teilten die beiden die für Wahlen vorgesehenen Haushaltsmittel sowie auch die Kontrolle über die Behörden unter sich auf, die mit der Überwachung der Ordnungsgemäßheit der Wahlgänge betraut waren.

Der Pakt zwischen diesen beiden Führern, die sich im politischen und weltanschaulichen Bereich normalerweise als unversöhnliche Antagonisten gegenüberstehen, wurde von der nicaraguanischen Gesellschaft und den demokratischen politischen Kräften mehrheitlich abgelehnt. Gerade diese letzteren fühlten sich in ihren Rechten beschnitten, da die Veränderungen, die der Pakt zwischen Alemán und Ortega bedeutete, weitere Beschränkungen für die neuen und kleinen politischen Parteien vorsah.

Das Parlament setzte eine Frist von lediglich 48 Stunden, innerhalb derer die nicaraguanische Gesellschaft ihre Haltung bekunden sollte. Eine absolute Mehrheit aller der Organisationen, die die Möglichkeit hatten, ihre Ansicht gegenüber dem Parlament zu artikulieren, brachten ihre ablehnende Haltung gegenüber den Reformen zum Ausdruck. Dennoch verabschiedete die von Alemán und Ortega kontrollierte Parlamentsmehrheit am 9. Dezember 1999 die vorgeschlagenen Reformen, ohne irgendeinen der Gesichtspunkte in Erwägung gezogen zu haben, den die bedeutendsten Organisationen des Landes vorgebracht hatten.

Für das laufende Jahr 2000 ist die zweite Lesung vorgesehen, nach der die Reformen des genannten Paktes in Geltung treten können.

Zum anderen war da der außerordentliche Zuwachs an Sympathie und Respekt, der dem Con-

■ Es kam zu einem Abkommen zwischen Präsident Alemán und dem Sandinistenführer Ortega, das diesen ermöglichte, die Verfassung zu reformieren und eine Reihe von Maßnahmen zur Verteilung von Regierungsämtern – vor allem im Umfeld des Obersten Gerichtshofs und des Wahlgerichts – zu treffen.

■ **Es steht außer Zweifel, dass seine Haft Jarquín zu einem deutlichen Anstieg seiner Sympathien und seines Ansehens in der nicaraguanischen Bevölkerung verholfen hat – ein Ergebnis, das von der Regierung Alemán wohl kaum beabsichtigt war.**

tralor seitens der nicaraguanischen Bevölkerung entgegengebracht wurde.

Verschiedene Meinungsforschungsinstitute stimmen darin überein, dass der Contralor Jarquín die populärste in der Öffentlichkeit stehende Person ist, deren Beliebtheitsgrad allenfalls noch von der ehemaligen Präsidentin Violeta Chamorro übertroffen wird. Zuvor hatte er auf der Liste der beliebtesten Personen den vierten oder fünften Platz inne.

Auch bei der Frage nach der Absicht, für einen möglichen Präsidentschaftskandidaten zu stimmen, verbesserte Jarquín im Dezember 1999 seinen Prozentsatz von sechs auf 14 und bereits im Januar 2000 erscheint er in Umfragen als die Führungspersönlichkeit, die den höchsten Prozentsatz an Befürwortern einer Wahl zum möglichen Präsidentschaftskandidaten hinter sich hat.

Es steht außer Zweifel, dass seine Haft Jarquín zu einem deutlichen Anstieg seiner Sympathien und seines Ansehens in der nicaraguanischen Bevölkerung verholfen hat – ein Ergebnis, das von der Regierung Alemán wohl kaum beabsichtigt war, als diese sich ihm feindlich gegenüberstellte und ihren Einfluss dahingehend geltend machte, Jarquín ins Gefängnis zu bringen.

Der Contralor selbst hat erneut seine Absicht betont, bis zum Jahre 2002, d.h. bis zum Ende der Amtszeit, für die er gewählt worden ist, seine Funktion beizubehalten. Bestimmte politische und zivilgesellschaftliche Kräfte streben jedoch seine Kandidatur für das Präsidentenamt bei den allgemeinen Wahlen an, die für Oktober 2001 vorgesehen sind.

### ■ **Nicaraguas Perspektiven**

Nach der von 1990 bis 1996 währenden Regierungszeit Chamorros, die die Grundlagen für die Konsolidierung der Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung in Nicaragua gelegt hatte, hat dieses mittelamerikanische Land eine gewisse Stagnation in seinem Demokratisierungsprozess erlitten.

Die Einsetzung einer Regierung, die erneut, anstatt die Demokratie zu vervollkommen, Züge von Autoritarismus, Sektierertum und Korruption angenommen hat, hat eine neue politische Unruhe nach Nicaragua gebracht, die ihrerseits wiederum zu einer

Polarisierung führen kann, die nur Steine auf dem Weg der Landesentwicklung sind.

Der politische Pakt, der die Verteilung von staatlichen Ämtern innerhalb der Regierungspartei und dem Frente Sandinista zum Ziel hat, versucht eine strenge Zweiparteienherrschaft in Nicaragua zu errichten, die andere Optionen in die Grenzen weist und sich an dem Pluralismus vergreift, der gerade im Aufkeimen begriffen ist.

Die ehemalige Präsidentin Chamorro hat die Sammlung von 50 000 Unterschriften veranlasst, die das Parlament zwingen sollen, eine Volksbefragung (*consulta popular*) einzuleiten, bei der das Volk darüber abstimmen soll, ob es die von dem Pakt Alemán/Ortega vorgeschlagenen Reformen befürwortet oder nicht.

Alemán und Ortega werden als die Figuren angesehen, die die Erinnerung an die beiden Diktaturen heraufbeschwören, die Nicaragua durchlebt hat.

Die politischen Kräfte Nicaraguas – Konservative, Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten – sind dabei, zu einer einzigen Oppositionsfront zusammenzuwachsen, um Nicaragua für die kommenden Wahlen eine Alternative zu bieten, die Alemán und Ortega mit Erfolg Paroli zu bieten vermag.

Der Wahlkampf in Nicaragua beginnt in diesem Jahr; schließlich finden im kommenden Oktober Kommunalwahlen statt und für das Jahr 2001 sind die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorgesehen.

Ohne politische Stabilität und einen nationalen Konsens über die Art und Weise, wie die großen Probleme des Landes gelöst werden können, ist – soviel steht fest – kein Denken an eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die auf lange Sicht Bestand hat.

Nach wie vor stellt die diktatorische Vergangenheit in Nicaragua eine Versuchung dar und wenn Regierung und Gesellschaft sich nicht in dem Ziel einig sind, die demokratischen Einrichtungen und den politischen Pluralismus zu stärken sowie die Teilhabe der Zivilgesellschaft an der Diskussion über die Probleme des Landes und an der Lösung derselben sicherzustellen, hat die Demokratie in diesem Land keine Zukunft. Jedoch – der Weg der Demo-

■ Die politischen Kräfte Nicaraguas – Konservative, Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten – sind dabei, zu einer einzigen Oppositionsfront zusammenzuwachsen, um Nicaragua für die kommenden Wahlen eine Alternative zu bieten, die Alemán und Ortega mit Erfolg Paroli zu bieten vermag.

kratie, der im Jahre 1990 begonnen wurde, muss fortgesetzt werden.

Wenn die Regierung den Weg der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht wieder einschlägt, und zwar in dem Sinne, in dem dies die neuen internationalen Bedingungen der Globalisierung und der Regionalisierung erfordern, so läuft Nicaragua Gefahr, sich zu isolieren, was seinerseits wiederum die Integration der mittelamerikanischen Länder in einem festen Block gefährdet.

Mehr als je zuvor sind Nicaragua und Mittelamerika heute auf die Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft und auf deren Unterstützung angewiesen, wenn sie demokratischen Aufbau und Entwicklung zu Gunsten ihrer verarmten Bevölkerung vorantreiben wollen. Dies kann jedoch nur mit Regierungen erfolgen, die auf demokratische Weise und im Einverständnis mit der Gesellschaft handeln, so dass die internationale Zusammenarbeit keinen Schaden nehmen und Folgen für diejenigen zeitigen kann, die stets unter den Auswirkungen des Handelns von Regierungen gelitten haben, die lediglich ihre Gruppeninteressen im Sinn haben: Die Armen, die die Mehrheit der Bevölkerung in der zentralamerikanischen Region darstellen.

Der Text wurde von Dr. Benedikt M. Helfer aus dem Spanischen übersetzt.